

Antrag 2026/I/Soz/5

Jusos Hamburg

Wirklich keine Bezahlkarte – Selbstbestimmung statt Kontrolle!

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und
2 sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, alle Pläne für die Einführung
3 einer Bezahlkarte („SocialCard“) für Bürgergeldbezieher*innen sofort zu stoppen und auch in
4 Zukunft nicht weiter zu verfolgen. Ebenso sollen alle Versuche, weitere Sozialleistungen durch
5 Bezahlkarten auszuzahlen, umgehend gestoppt werden. Die Sozialbehörde wird aufgefordert,
6 Bürgergeldempfänger*innen bei der Einrichtung eines Bankkontos zu unterstützen und sie bei
7 den entstehenden Kontoführungsgebühren finanziell zu entlasten. Bezahlkarten lehnen wir in
8 jeglicher Form ab. Darüber hinaus sollen sich die Vertreter*innen der SPD Hamburg auch auf
9 Bundesebene klar gegen die Einführung solcher Bezahlkarten einsetzen.

10 Begründung

11 Das Bürgergeld wurde 2019 auf dem Bundesparteitag beschlossen um die Ära von Hartz IV zu
12 beenden. Seit seiner Einführung im Jahre 2023 steht es, besonders durch rechte Akteure im-
13 mer wieder unter Beschuss und wird von diesen genutzt, um Stimmung gegen Arbeitslose zu
14 machen. Statt die Reform gegen diese Stimmungsmache zu verteidigen, höhnte bereits die Am-
15 pelregierung die Reform immer weiter aus, bis von den Fortschritten wie der Abkehr von den
16 strikten Sanktionen oder der Karenzzeit von einem Jahr für Schonvermögen nichts mehr übrig
17 war. In dieser Debatte wurde immer wieder betont, dass das Bürgergeld ungerecht sei, da der
18 Lohnabstand zu klein sei und Bürgergeldempfänger*innen teilweise mehr Geld bekämen als
19 Menschen, die zum Mindestlohn arbeiteten. Dies ist nicht nur eine Lüge, wie die Studie „Lohnt
20 sich Arbeit in Deutschland noch?“ der Hans-Böckler-Stiftung im August 2025 zeigte, sondern
21 sorgt auch für eine Spaltung zwischen Arbeitslosen und Angestellten im Niedriglohnsektor.
22 obwohl beide von einem hohen Arbeitslosengeld profitieren würden. So ist es für Gewerk-
23 schaften einfacher, höhere Löhne für Angestellte im Niedriglohnsektor zu verhandeln, wenn
24 die soziale Absicherung besser ist, da so der Druck auf die Arbeitgeber*innen steigt. Sowohl
25 Angestellte als auch Arbeitslose haben also ein Interesse an höheren und besser zugänglichen
26 Sozialleistungen. Doch statt dies im öffentlichen Diskurs zu betonen, trägt die SPD immer wei-
27 ter Verschlechterungen die Lage von Bürgergeldbezieher*innen mit. Schon im Dezember 2024
28 zeigten Recherchen von „Frag den Staat“ und der „Zeit“, dass die Vertreter*innen der FHH sich
29 auf Bundesebene dafür einsetzten eine Bezahlkarte auch für Bürgergeldempfänger*innen ein-
30 zuführen. Die Einführung einer Bezahlkarte ist sozialpolitisch falsch, praktisch untauglich und
31 widerspricht den Grundwerten der Sozialdemokratie. Statt die finanzielle Selbstbestimmung
32 zu stärken, führt sie zu Stigmatisierung, zusätzlichen Hürden und gesellschaftlicher Ausgren-
33 zung. Bereits auf dem letzten Landesparteitag im April hatten die Jusos Hamburg einen Antrag
34 gegen die Bezahlkarte gestellt. Damals wurde uns in den Beratungen von der Antragskom-
35 mission zugesichert, eine Einführung sei „unter keinen Umständen geplant“ und das Thema
36 „damit aus der Welt“. Auf dieser Grundlage wurde der Antrag zurückgezogen. Dass dies eine

37 Fehleinschätzung war, zeigte sich wenige Monate später: Die Presse berichtete, dass die Sozi-
38 albehörde die Ausweitung der Bezahlkarte ausdrücklich befürwortet. Damit hat sich bestätigt,
39 dass die Kritik der Jusos berechtigt war. Auch wenn man sich tiefergehend mit den Argumenten
40 der Befürworter*innen der Bezahlkarte auseinandersetzt sind dort eklatante Lücken zu finden.
41 Sie argumentieren häufig mit Bürokratieabbau und angeblichen Einsparungen. Doch dieses
42 Argument trägt nicht. Es geht lediglich um eine sehr kleine Gruppe von Bürgergeldbezieherin-
43 nen ohne eigenes Konto. Für sie gibt es längst praktikable Lösungen: Die Hamburger Sparkasse
44 bietet unter dem Motto „Meine Bank heißt ALLE willkommen“ jedem Menschen ein Konto an
45 – auch als P-Konto. Schon heute gibt es Basiskonten für 4,95 € monatlich. Es wäre sinnvoller
46 und kostengünstiger, wenn die Stadt diese Gebühren übernimmt, anstatt ein teures, restrikti-
47 ves und diskriminierendes Parallel-System wie die Bezahlkarte aufzubauen. Hinzu kommt, dass
48 die Erfahrung mit der Bezahlkarte für Geflüchtete zeigt, welche massiven Nachteile solche Sys-
49 teme mit sich bringen. Dazu gehören pauschale Bargeldlimits, die Gerichte bereits als rechts-
50 widrig eingestuft haben, das Verbot von Überweisungen und Onlinekäufen, die Beschränkung
51 auf bestimmte Händler oder Postleitzahlen sowie die Gefahr automatisierter Sanktionen. Eine
52 Ausweitung dieser Praxis auf Bürgergeldbezieher*innen würde nicht Bürokratie abbauen, son-
53 dern neue Hürden schaffen und staatlich organisierte Gängelung etablieren. Die Folgen sind
54 Stigmatisierung, Scham und die Gefahr der sozialen Isolation. Schon heute verzichten 54 % der
55 Eltern, die Bürgergeld beziehen, auf eigenes Essen zugunsten ihrer Kinder. 42 % aller Bürger-
56 geldbeziehenden geben an, sich für ihren Leistungsbezug zu schämen. Eine Bezahlkarte würde
57 diese Situation verschärfen und Betroffene weiter entmündigen. Sozialdemokratische Politik
58 muss das Gegenteil leisten: Sie muss Menschen befähigen, ihr Leben selbstbestimmt zu füh-
59 ren, Teilhabe ermöglichen und ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren. Die Be-
60 zahlkarte steht für Misstrauen, Restriktionen und Kontrolle und ist damit mit unseren Werten
61 nicht vereinbar. Darum fordern die Jusos Hamburg: Keine Bezahlkarte, weder in Hamburg noch
62 auf Bundesebene.